

Rainer Heinrich

Berlin, den 8. August 2013

████████████████████

██████ Berlin

Berliner MieterGemeinschaft

z.Hd. Herrn Kollegen Oellerich

Lieber Genosse und Kollege Oellerich,

gerne erinnere ich mich an die wichtigen und guten Veranstaltungen, die Du zu dem Thema Privatisierung organisiert und im DGB-Haus und bei der IG-Metall gestaltet hast. Du hast damit verdienstvoller Weise eine Antiprivatisierungskampagne losgetreten, die sich nicht nur auf Dein Gebiet der Wohnungswirtschaft bezog, sondern versuchte, darüber hinaus eine theoretische Begründung zu liefern. Sie hat viele Menschen dazu bewegt, bei der Antiprivatisierungskampagne mitzumachen. In diesem Zusammenhang muss ich auf eine Sache zu sprechen kommen, die – wie ich meine – zu unseren gemeinsamen Ansätzen nicht passt. Wir sind sicherlich übereinstimmend der Auffassung, dass Verstaatlichung im Kapitalismus allein nicht ausreicht. Es geht vielmehr um gesellschaftliche und demokratische Kontrolle bzw. tatsächliche Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch die Bürgerinnen und Bürger. Ämterpatronage, Korruption, Selbstbedienung, Bezugssperren im Bereich der Daseinsvorsorge für Arme, Profitorientierung zum Zwecke der Haushaltsanierung bei gleichzeitiger Verschleuderung von öffentlichen Mitteln bei den Rüstungsausgaben, verbunden mit Preissteigerungen in der Daseinsvorsorge und fehlenden Infrastrukturinvestitionen für die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht die Alternative sein. Der Kampf gegen zu hohe Preise in der Lebenshaltung und um demokratische Rechte bleibt ein dauernder Prozess und ist mit einer Rekommunalisierung nicht abgeschlossen. Das muss man einem Gewerkschafter nicht erzählen.

Leider gab es im MieterEcho vor einiger Zeit einen Artikel, der geeignet war, wie ich meine, die Mitglieder der MieterGemeinschaft zu desorientieren. In diesem Zusammenhang muss ich mich entschuldigen, erst jetzt zu schreiben. Ich hatte eine schwere Beinoperation (mir wurde das vierte künstliche Knie eingesetzt), so dass ich nicht in der Lage war, sofort zu reagieren.

Es handelt sich um einen Artikel zur Rekommunalisierung des Wassers in Berlin von Benedict Ugarte Chacón. (<http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2013/me-single/article/veolia-adieu.html>) Hier behauptet der Autor, dass das Wasser in Paris nach der Rekommunalisierung nicht preiswerter geworden sei: "Allerdings ist dabei zu bedenken, dass eine Rekommunalisierung nach diesem Modell nicht automatisch zu niedrigeren Wasserpreisen führt – zumindest in Paris war dies bislang nicht der Fall." Dies ist nachweislich falsch. (Wenn auch richtig ist, dass eine Rekommunalisierung nicht automatisch zu einer Preissenkung führen muss!) Hierzu Anne Le Strat, Bürgermeisterin und Wasserbeauftragte von Paris: „Aufgrund der Privatwirtschaft wurde der Trinkwasserpreis in 25 Jahren um 260 % gesteigert! 2011 konnten wir die Preise um 8 % senken."

(<http://www.arte.tv/de/wasserversorgung-in-frankreich-kurswechsel/3752030,CmC=3774332.html>)

Hier habe ich zwei weitere Links, die belegen, dass die Wasserpreise in Paris gesunken sind:

<http://www.lejdd.fr/JDD-Paris/Actualite/L-eau-de-Paris-meilleure-et-moins-chere-493815> und

<http://www.m.morgenpost.de/berlin/article1634987/Wasser-was-Berlin-von-Paris-lernen-kann.html>

Die Wasserpreise sind gesunken, weil die Bürgerinnen und Bürger in Paris bei den Wasserbetrieben mitwirken und weil Profite der Privaten ganz einfach entfielen und die Stadt sie nicht einsackte. Mit seinen Ausführungen suggeriert Benedict Ugarte Chacón, dass sich die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Paris finanziell nicht gelohnt habe. Damit könnte die von Rekommunalisierungsgegnern gern angeführte Auffassung Unterstützung erfahren, dass sich Rekommunalisierung im Kapitalismus generell nicht lohne und dass man dafür nicht kämpfen müsse, weil Preissenkungen sowieso nicht stattfinden würden. Die Vermittlung einer solchen Orientierung liegt aber nicht in unserem gemeinsamen Interesse! Es geht bei der Rekommunalisierung auch nicht nur um die Preise, sondern um Transparenz und um Sicherung und Ausbau der demokratischen Rechte zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, die durch die Privatisierung eingeschränkt werden.

Unser Ziel ist es weiterhin, die Macht der Konzerne an allen Fronten zurückzudrängen, die diese demokratischen Rechte einschränken. Neben Aktionen und Bündnissen, verbunden mit politischen Aktionen, die wir zu diesem Zweck durchführen, sind wir der Ansicht, dass auch juristische Schritte wie andere Mittel – so auch eine Organklage – zielführend sein können. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Benedict Ugarte Chacón über juristische Schritte gegen die Berliner Wasserverträge in seinen bisherigen Artikeln im Mieterecho, wenn überhaupt, dann nur sehr verkürzt, berichtet hat: Nichts über die Beschwerde bei der

EU-Kommission, eingereicht von der Verbraucherzentrale Berlin und Transparency International im Juni 2011, nichts zur Normenkontrollklage von Grünen und Piraten gegen die Zinsgarantie im Berliner Betriebsgesetz Ende 2012 und fast nichts zur Organklage der Berliner Piratenfraktion, die Ende April 2013 eingereicht wurde. Auch die Existenz unseres Wassertisches (Berliner-Wassertisch.info) verschweigt er einerseits, andererseits versucht er, uns in die Nähe der Berliner Wasserbürger zu rücken bzw. beide Gruppierungen für identisch erscheinen zu lassen. Das ist nicht der Fall. Obwohl die reale Umsetzung der Organklage vor allem auf unsere Initiative zurückzuführen ist, wird dies einerseits geleugnet, andererseits wird die Organklage nach wie vor von Ugarte bekämpft. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass der Berliner Wassertisch.Info weder mit den Berliner Wasserbürgern (Thomas Rudek), der aufgrund seines egomanischen, rigiden Stils Bündnispartner für seine Ziele nicht gewinnen konnte und deshalb der Umsetzung der Klage geschadet hat, noch mit dem Berliner Wassertisch.net identisch ist, der die Organklage wie andere juristische Initiativen ausdrücklich strikt abgelehnt hat, wenn er auch dies heute in der Öffentlichkeit anders verkauft.

Gegen die verfälschende Berichterstattung im MieterEcho durch Ugarte hatten wir uns schon einmal in einem Leserbrief und in einem Tweet an Dich v. 2.11.2012 gewendet, ohne dass es zu einer Rückmeldung kam.

Im Übrigen ging es ja beim Wasser-Volksbegehren darum, die Offenlegung der verfassungswidrigen Verträge zu erreichen, um sie danach einer generellen gerichtlichen Prüfung zuführen zu können, mit dem Ziel, deren Nichtigkeit oder Teilnichtigkeit feststellen zu lassen. Eine solche Strategie kann zukünftig erhebliche neue Druckpositionen aufbauen, die die demokratischen Rechte mehr ins Blickfeld rücken. Während der Sonderausschusssitzungen haben wir in kurzer Zeit fast 2000 Unterschriften von BerlinerInnen erhalten, die damit einen an die Abgeordneten gerichteten Appell unterstützten, gegen die Verträge zu klagen. Dies zeigt, dass immer noch ein großes Interesse bei den BerlinerInnen für eine Klage besteht.

Vielleicht könnten wir - vor dem Hintergrund der auszuräumenden Mißverständnisse - uns einmal zusammensetzen, um zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen. In diesem Zusammenhang wäre es von Interesse, wenn das Berliner MieterEcho auch über den von uns

vorgelegten Wasserrechner (<http://berliner-wassertisch.info/wassertarif-dickicht/>) berichten würde.

Mit solidarischen Grüßen

Rainer Heinrich